

## Redaktioneller Teil

### Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Regierungswechsel — Lausanne — Finanznot — Konjunktur —  
Buchgewerbliches.]

Leipzig, den 2. Juni 1932.

Der Rücktritt Brüning's und seine Ersetzung durch von Papen überschattet im Augenblick alle anderen Dinge. Auch für die Beurteilung der Wirtschaftslage ist dieser zunächst als Ausdruck parteipolitischer Machtkämpfe anzusehende Vorgang von ausschlaggebender Bedeutung. Man wird sich dadurch aber nicht den Blick dafür trüben lassen dürfen, daß hinter diesen Veränderungen auf der offenen Bühne, so interessant und bedeutsam sie sein mögen, gerade für die Wirtschaft die längst bekannten, nur immer brennender werdenden Krisenprobleme in unveränderter Dringlichkeit und mit ungemildertem Ernst fortbestehen. Ihre Lösung verträgt längst keinen Aufschub mehr. Am allerwenigsten wäre eine Vertagung etwa mit Rücksicht auf parteipolitische Macht- und Prestigefragen zu verantworten. Der Regierungswechsel scheint uns vielmehr überhaupt nur Zweck und Sinn zu haben, wenn dadurch die Lösung der Krisenprobleme beschleunigt und tatsächlich gesichert wird. Die Aussichten dafür sind aber leider allem Anschein nach nicht sonderlich groß. Wenn man nämlich jetzt vielfach schon von einer »Zwischenlösung« und einem »Übergangskabinett« glaubt sprechen zu müssen, so läßt das befürchten, daß Einflüsse die Oberhand gewinnen könnten, die wirklichen Entscheidungen womöglich doch wieder zu vertagen, bis — — — ja, bis wann? Gerade dieses Verfahren kann die Wirtschaft nicht mehr vertragen.

In der Aufregung dieser Tage fällt es nicht leicht, ein von parteipolitischen Einseitigkeiten freies und von Vorurteilen ungetrübtet Bild der Zusammenhänge zu gewinnen. Dem Verfasser stellen sich die Dinge so dar: Als Brüning seinerzeit die Regierung übernahm, ging die Rechnung dahin, daß er an den Mittelparteien von den Volkskonservativen bis zur Staatspartei eine dem Einfluß der Sozialdemokratie das Gleichgewicht haltende Stütze haben würde. Die durch alle diese Parteien gehende Querverbindung der Gewerkschaften von Lambach bis Aufhäuser, mit dem Übergewicht auf Seite der christlichen Gewerkschaften, sollte die Grundlage der Politik abgeben. Deren Exponent war der Arbeitsminister Stegerwald. Die Rechnung erwies sich als verfehlt, sobald die nationalsozialistische Bewegung die Parteien rechts vom Zentrum aufzureiben und auch der Sozialdemokratie Sorge zu machen begann. Außerdem wurde die Stellung Brüning's immer schwieriger, je mehr die Entwicklung der Wirtschaftslage die Gewerkschaftsinteressen bedrohte. Hier stand das Arbeitslosigkeitsproblem überragend im Vordergrund. Je mehr Stegerwald den Gewerkschaften zumuten mußte, desto schwerer wurde es, die zur Mehrheit erforderlichen Parteien zusammenzuhalten. Je weniger sich aber Brüning und Stegerwald zu grundlegenden wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen nach der einen oder der anderen Seite durchzuringen vermochten, desto mehr verfiel die Wirtschaft. Die große Hoffnung Brüning's blieb, aus der Außenpolitik die Erlösung gewinnen zu können.

Wie steht es um diese Hoffnung? Brüning hat nach dem verfehlten Unionsexperiment von Curtius die Führung der Außenpolitik selbst in die Hand genommen und hat unleugbare

Erfolge errungen. Mit Hilfe MacDonald's brachte er Hoover zur Erklärung des bekannten Feiertages. Er hat es weiter verstanden, ein deutsches Nein in der Tributfrage so zu begründen, daß niemand Deutschland daraus einen Strich zu drehen wagen kann. Was jedoch noch völlig fehlt ist ein positiver Vorschlag, wie aus der Sackgasse herauszukommen sein soll. Das gilt nicht nur für die deutsche Politik, sondern auch für alle andern. An einer Lösung ist die übrige Welt nicht weniger interessiert als Deutschland. Die Abkehr vom Goldstandard in England hat nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Man hat in London Mühe zu verhindern, daß das Pfund schon jetzt wieder auf die alte Goldparität steigt. Um dem zu entgehen, wirbt die City um Anschluß weiterer Partner an den Sterlingblock. Sie findet aber nicht einmal im Empire Anklang. Südafrika und Kanada gehen eigene Wege. Bei dieser Lage ist zweifelhaft, ob die Ottawa-Konferenz einen Erfolg haben kann. Auf der anderen Seite steigt die Sorge, was werden soll, wenn der Balkan zusammenbricht. Auf die Gefahren im Fernen Osten sei nur im Vorübergehen hingedeutet. Auch in den Vereinigten Staaten kommt man nicht vorwärts. Alle Kreditausweitungsmaßnahmen sind bisher verpufft. Sie haben nur die Befürchtung vermehrt, daß doch auch Amerika den Goldstandard preisgeben könnte. Aller Unternehmungsmut, der die unerläßliche Voraussetzung für jede Ankurbelung der Wirtschaft ist, scheint verloren gegangen zu sein. Die Staatsfinanzen sind nur mit größter Mühe in Ordnung zu bringen. Vor der Präsidentschaftswahl ist irgendeine entscheidende Wendung schwerlich zu erwarten. Selbst in Frankreich spitzt sich die Lage immer ernster zu. Die neue Regierung hat ein böses Erbe zu übernehmen, und vorläufig weiß noch niemand, was eigentlich geschehen müßte. Im Grunde genommen läuft alles das nicht gegen Deutschlands Interesse. Die Zeit arbeitet zweifelsohne für uns. Aber es ist ebenso unzweifelhaft, daß Lausanne jetzt im Juni, sofern es überhaupt zur Konferenz kommt, die Lösung noch nicht bringen kann. Man sprach zuletzt von zwei Möglichkeiten: entweder soll die Erledigung vertagt werden, und zwar für längere Zeit, durch einfache Verlängerung des Hoover-Moratoriums auf mehrere Jahre, oder Deutschland solle die sofortige Erledigung der Tributfrage erkaufen durch eine letzte, endgültige Abschlußzahlung, deren tatsächliche Begleichung auch noch für einige Zeit gestundet werden könnte. Voraussetzung für eine solche Lösung war aber in jedem Falle, daß es gelang, eine vorherige Verständigung darüber zwischen Deutschland und Frankreich zustande zu bringen. Brüning scheint an die Möglichkeit dessen geglaubt zu haben. So ist wohl seine Bemerkung von »den letzten 100 Metern« zu verstehen gewesen. Zunächst aber ist Tatsache, daß seit Ende vorigen Jahres jeder persönliche Kontakt zwischen dem Quai d'Orsay und der Wilhelmstraße gefehlt hat. Das hat den endlichen Erfolg von Lausanne vielleicht nicht in Frage gestellt, hat aber jedenfalls wesentlich dazu beigetragen, eine Klärung zu einem früheren Zeitpunkt zu verhindern. Die Aussicht, daß durch den außenpolitischen Erfolg die Behebung aller Schwierigkeiten gesichert werden würde, hat damit verständlicherweise nicht gerade eine Stärkung erfahren.

Diese Verzögerung nun und die daraus sich ergebende größere Unsicherheit fiel aber um so schwerer ins Gewicht angesichts der innerpolitischen Zuspitzung infolge der Lage in Preußen nach dem nationalsozialistischen Wahlerfolg. Noch ist der Schleier